

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	31
-----------------------	----

ERSTES KAPITEL: SCHULDVERHÄLTNISSE

§ 1 Schuldverhältnisse aus Verträgen und andere Schuldverhältnisse	37
Fall 1: HIV-positiv §§ 241, 823	37
Lerneinheit 1	39
I. Kommentierung von § 241 Abs. 1 S. 1	39
II. Entstehung und Einteilung der Schuldverhältnisse	40
III. Entstehung durch Rechtsgeschäft	41
1. Entstehung durch Vertrag	41
2. Entstehung durch einseitiges Rechtsgeschäft (einseitig begründete Schuldverhältnisse)	43
IV. Entstehung durch Gesetz (gesetzliche Schuldverhältnisse)	44
V. Ausdrücklich kein Entstehen eines Schuldverhältnisses durch unverlangte Zusendung	45
§ 2 Das Buch „Recht der Schuldverhältnisse“	46
Fall 2: Teurer Audi A3	46
Lerneinheit 2	48
I. Überblick	48
II. Der Allgemeine Teil des Schuldrechts	48
III. Der Besondere Teil des Schuldrechts	49
IV. Gesetzlich nicht geregelte Schuldverhältnisse	50
V. Reihenfolge der Prüfung bei schuldrechtlichen Problemen	50

ZWEITES KAPITEL: INHALT DER SCHULDVERHÄLTNISSE

§ 3 Der Leistungsort des Verkäufers	52
Fall 3: Vermischtes Dieselöl § 269	52
Lerneinheit 3	53
I. Der Leistungsort des Verkäufers	53
II. Die Bestimmung des Leistungsorts	54
III. Holschuld, Bringschuld, Schickschuld	55
1. Holschuld	55
2. Bringschuld	56
3. Schickschuld/Versendungskauf	57
IV. Verbrauchsgüterkauf	59

§ 4 Der Leistungsort des Geldschuldners	60
Fall 4: Skonto von 3 % § 270	60
Lerneinheit 4	61
I. Besonderheiten der Geldschuld	61
II. Die Geldschuld als qualifizierte Schickschuld	62
III. Der Zeitpunkt der Zahlung	63
1. Die Leistungshandlung entscheidet über die Rechtzeitigkeit	63
2. Der Leistungserfolg entscheidet über das Erlöschen der Schuld	64
IV. Abweichende Regelungen	65
1. Abweichende vertragliche Regelungen	65
2. Abweichende europäische Regelung nach § 286 Abs. 3 S. 1	65
V. Einheitlicher Leistungsort bei gegenseitigen Verträgen	66
§ 5 Der Leistungsort in anderen Fällen	67
Fall 5: Arbeitszeugnis §§ 630, 269	67
Lerneinheit 5	68
I. Einführung	68
II. Holschuld	69
III. Bringschuld	69
IV. Schickschuld	70
§ 6 Gattungsschuld	70
Fall 6: Verlorener Camcorder §§ 243, 269	70
Lerneinheit 6	72
I. Begründung der Gattungsschuld	72
1. Einführung	72
2. Besonderheiten der Gattungsschuld	73
3. Gattungsschuld und vertretbare Sachen	74
II. Konkretisierung der Gattungsschuld	75
1. Voraussetzungen der Konkretisierung	75
2. Rechtsfolgen der Konkretisierung	77
§ 7 Die Einrede des nicht erfüllten gegenseitigen Vertrags	77
Fall 7: Gesperrter Mobilfunkanschluss § 320	77
Lerneinheit 7	79
I. Hintergrund	79
II. Definition, rechtliche Einordnung	79
III. Voraussetzungen	80
1. Gegenseitigkeit der beiden Leistungen	80
2. Nichterfüllung durch den Gläubiger	81
3. Keine Vorleistungspflicht des verweigernden Teils	81
4. Das Problem der Verjährung	82
5. Vereinbarkeit mit Treu und Glauben	83

6. Leistungsverweigerung mit erkennbarem Bezug auf die fehlende Gegenleistung	83
IV. Rechtsfolgen	84
§ 8 Allgemeines Zurückbehaltungsrecht	84
Fall 8: Stromversorgung §§ 273, 274	84
Lerneinheit 8	86
I. Hintergrund	86
II. Definition	86
III. Voraussetzungen des § 273 Abs. 1	86
IV. Rechtsfolgen des § 273	87
V. Einzelfragen	87
1. Das Zurückbehaltungsrecht des Herausgabepflichtigen	87
2. Ausschluss des Zurückbehaltungsrechts	88
3. Verjährung	88
4. Erhebung der Einrede	88

DRITTES KAPITEL: AGB UND ANPASSUNG VON VERTRÄGEN

§ 9 Die Gestaltung von Verträgen durch AGB	90
Fall 9: Unklarheiten im Geschäftsführervertrag §§ 305c, 310	90
Lerneinheit 9	91
I. Einführung	91
1. Politische Zielsetzung	91
2. Definition der AGB	92
II. AGB gegenüber einem Verbraucher	93
1. Einführung	93
2. Einbeziehung von AGB nach § 305 Abs. 2	93
3. Anwendung und Auslegung von AGB	93
4. Inhaltskontrolle	94
5. Rechtsfolge	97
III. AGB gegenüber einem Unternehmer	97
1. Einführung	97
2. Die Beteiligten	98
3. Einbeziehung der AGB	98
4. Schutz des Unternehmers vor nachteiligen AGB	99
IV. Vorformulierte Vertragsbedingungen, aber keine AGB	100
1. Hintergrund	100
2. Voraussetzungen des § 310 Abs. 3 Nr. 2	100
3. Rechtsfolgen	100

§ 10 Anpassung von Verträgen	101
Fall 10: Keine Förderung der Photovoltaikanlage § 313	101
Lerneinheit 10	103
I. Störung der Geschäftsgrundlage	103
1. Einleitung	103
2. Definitionen und Rechtsnatur	104
II. Wegfall der Geschäftsgrundlage	105
1. Voraussetzungen	105
2. Rechtsfolge	108
3. Fallgruppen	109
III. Fehlen der Geschäftsgrundlage	110
1. Einleitung	110
2. Voraussetzungen und Rechtsfolgen	111
IV. Einseitige Bestimmung eines Entgelts	111
1. Einführung	111
2. Preisanpassungen	112
3. § 315 und § 307	113

VIERTES KAPITEL: ERLÖSCHEN DER SCHULDVERHÄLTNISSSE

§ 11 Erfüllung und andere Möglichkeiten des Erlöschens	114
Fall 11: Veruntreutes Notaranderkonto § 362	114
Lerneinheit 11	115
I. Erlöschen der Schuld	115
II. Bewirken der geschuldeten Leistung	115
1. Leistungshandlung und Leistungserfolg	115
2. Erfüllung einer Geldschuld	116
3. Keine Teilleistungen	117
4. Leistung durch einen Dritten	117
5. Zuordnung von Schuld und Zahlung	118
6. Rechtsfolge der Erfüllung	118
7. Erfüllungsvertrag?	120
8. Leistung an einen Dritten	121
III. Andere Formen der Erfüllung	122
1. Überblick	122
2. Annahme an Erfüllungs statt	123
3. Annahme erfüllungshalber	124
IV. Andere Wege, die zum Erlöschen führen	125
§ 12 Aufrechnung	126
Fall 12: Fußpflegesalon §§ 387, 488	126
Lerneinheit 12	128
I. Einführung	128

II. Voraussetzungen der Aufrechnung	129
1. Gegenseitigkeit	129
2. Gleichartigkeit	129
3. Fälligkeit und Durchsetzbarkeit der Aktivforderung	130
4. Erfüllbarkeit der anderen Forderung (der Passivforderung)	130
5. Kein Aufrechnungsverbot	131
6. Aufrechnungserklärung	131
III. Rechtsfolge der Aufrechnung	131
IV. Aufrechnungsverbote	131
1. Gesetzliche Aufrechnungsverbote	131
2. Vertragliche Aufrechnungsverbote	133
3. Aufrechnungsverbot nach Treu und Glauben	134

FÜNFTES KAPITEL: RÜCKTRITT UND KÜNDIGUNG

§ 13 Rechtsfolgen des Rücktritts	136
Fall 13: Zweibrücker Wallach Leon § 346	136
Lerneinheit 13	137
I. Einleitung	138
1. Allgemeines	138
2. Definition des Rücktritts	138
3. Abgrenzung von ähnlichen Rechtsinstituten	139
II. Voraussetzungen des Rücktritts	139
1. Bestehen eines Rücktrittsrechts	139
2. Erklärung des Rücktritts	141
III. Wirkung des Rücktritts: Rückgewährschuldverhältnis	141
IV. Zurückzugewähren ist eine Sache	141
1. Die Sache hat sich im Einflussbereich des Rückgabeschuldners nicht verändert	141
2. Die Sache hat sich in tatsächlicher oder rechtlicher Hinsicht verändert	142
3. Herausgabe von Nutzungen	144
4. Ersatz von Verwendungen auf die Sache	145
V. Zurückzugewähren ist Geld	146
1. Das Geld wurde genutzt	146
2. Das Geld wurde nicht angelegt	146
VI. Zurückzugewähren wäre eine Dienstleistung	148
§ 14 Kündigung	148
Fall 14: Flexitanks § 314	148
Lerneinheit 14	150
I. Einführung	150
II. Voraussetzungen einer Kündigung nach § 314	151
1. Dauerschuldverhältnis	151
2. Wichtiger Grund	152
3. Abmahnung	153

4. Angemessene Frist nach Kenntnis vom Kündigungsgrund	153
5. Kündigungserklärung ohne Wenn und Aber	154
III. Rechtsfolgen einer Kündigung aus wichtigem Grund	154
IV. Ordentliche Kündigung	154

SECHSTES KAPITEL: WIDERRUF VON VERBRAUCHERVERTRÄGEN

§ 15 Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge	156
Fall 15: 9 000 Euro für die Vermittlung einer Partnerin § 312b	156
Lerneinheit 15	157
I. Überblick	158
1. Doppelter Schutz der Verbraucher	158
2. Zwei Wege zum Widerrufsrecht	158
II. Voraussetzungen eines „außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Vertrags“	159
1. Ein besonderer Ort des Vertragsschlusses	159
2. Der Grund des Widerrufsrechts im Fall des § 312b	161
III. Rechtsfolgen	161
IV. Sonderfälle	162
V. Ausnahmen vom Widerrufsrecht	162
1. Der Unternehmer als Zahlender	162
2. Dreizehn Ausnahmen nach § 312 Abs. 2	163
3. Weitere vier Ausnahmen nach § 312 Abs. 3 bis Abs. 6	165
4. Noch mehr Ausnahmen nach § 312g Abs. 2	167
VI. Informationspflichten bei Außerhalb-Verträgen	170
1. Allgemeine Pflichten	170
2. Informationen vor Vertragsschluss	171
3. Informationen nach Vertragsschluss	171
4. Sonderfall Schnellreparatur	172
VII. Widerrufsbelehrung bei Außerhalb-Verträgen	172
1. Einführung	172
2. Inhalt der Widerrufsbelehrung	172
3. Rechtsfolgen einer unterlassenen Widerrufsbelehrung	174
4. Nebeninformationen zum Widerrufsrecht	174
§ 16 Fernabsatzverträge	175
Fall 16: Keine Gestalttherapie	175
Lerneinheit 16	177
I. Hintergrund	177
II. Voraussetzungen eines Fernabsatzvertrags	177
1. Verbrauchervertrag nach § 312 Abs. 1	177
2. Fernkommunikationsmittel	177
3. Für den Fernabsatz organisiertes System	178
4. Breiter Anwendungsbereich	178

III. Informationspflichten im Fernabsatzvertrag	178
1. Beschränkung der Darstellung auf Internetverträge	178
2. Grundlegende Regeln	179
3. Zeitliche Reihenfolge der Informationen	180
IV. Widerrufsbelehrung bei Fernabsatzverträgen	182
1. Überblick	182
2. Muster einer Widerrufsbelehrung bei Fernabsatzverträgen	182
3. Form der Widerrufsbelehrung	183
4. Nebeninformationen zum Widerrufsrecht	184
§ 17 Widerruf und Widerrufsfolgen	184
Fall 17: Wasserbett „Las Vegas“ §§ 312c, 357	184
Lerneinheit 17	186
I. Einleitung	186
II. Widerruf und Widerrufsfrist	186
1. Widerruf	186
2. Beginn Widerrufsfrist	187
3. Erlöschen des Widerrufsrechts	188
III. Rechtsfolgen des Widerrufs	189
1. Allgemeine Rechtsfolgen	189
2. Kaufverträge	189
3. Verträge über eine Dienstleistung	191
4. Keine weiteren Ansprüche	192
§ 18 Widerruf verbundener Verträge	192
Fall 18: Finanzierte Eigenheimzulage § 358	192
Lerneinheit 18	194
I. Wirtschaftliche Einheit zwischen einem Sach- und einem Darlehensvertrag	195
II. Der Sachvertrag soll widerrufen werden	195
1. Voraussetzungen des § 358 Abs. 1	195
2. Rechtsfolgen	196
III. Der Verbraucherdarlehensvertrag soll widerrufen werden	196
1. Voraussetzungen des § 358 Abs. 2	196
2. Rechtsfolgen	197
3. Darlehensbetrag bereits beim Unternehmer	197
IV. Sonderfälle	197
1. Finanzierter Grundstückskaufvertrag	197
2. Einwendungsdurchgriff nach § 359	198
3. Zusammenhängende Verträge	199

SIEBTES KAPITEL: VERANTWORTLICHKEIT DES SCHULDNERS

§ 19 Vorsatz und Fahrlässigkeit	200
Fall 19: Übereifrige Putzfrau §§ 276, 277	200
Lerneinheit 19	202
I. Der Grundsatz der Verschuldenshaftung	202
1. Verschuldensprinzip	202
2. Rechtswidrigkeit	203
II. Vorsatz	203
III. Fahrlässigkeit	204
1. Einfache (leichte) Fahrlässigkeit	204
2. Grobe Fahrlässigkeit	207
IV. Mildere Haftung	208
1. Allgemeines	208
2. Der Schuldner haftet überhaupt nicht, also nicht einmal für Vorsatz	208
3. Der Schuldner haftet nur für Vorsatz	208
4. Der Schuldner haftet nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit	208
5. Eigenübliche Sorgfalt	211
6. Ausnahme: Keine Haftung des Arbeitnehmers für „leichteste Fahrlässigkeit“	211
V. Strengere Haftung	211
1. Allgemeines	211
2. Haftung ohne Verschulden	212
3. Gefährdungshaftung	213
VI. Zurechnungsfähigkeit	213
§ 20 Haftung für Erfüllungsgehilfen	214
Fall 20: Whiskyschmuggel § 278	214
Lerneinheit 20	216
I. Einführung	216
1. Hintergrund	216
2. Definitionen	216
3. Die Person des Erfüllungsgehilfen	217
4. Beispiele für Erfüllungsgehilfen	217
5. Erfüllungsgehilfe des Erfüllungsgehilfen	218
II. Voraussetzungen einer Haftung für Erfüllungsgehilfen	219
1. Bestehen eines Schuldverhältnisses	219
2. Erfüllung einer Pflicht des Schuldners	219
3. Schuldhaftes Handeln des Erfüllungsgehilfen	220
4. Handeln „bei Gelegenheit“ oder „in Erfüllung“ der Verbindlichkeit	220
5. Keine abweichende vertragliche Regelung	221
III. Rechtsfolgen und Abgrenzung	222
1. Rechtsfolgen	222
2. Zur Abgrenzung	222

ACHTES KAPITEL: GLÄUBIGERVERZUG, SCHULDNERVERZUG UND NICHTLEISTUNG

§ 21 Gläubigerverzug	224
Fall 21: Spiel- und Erotikfilme § 295	224
Lerneinheit 21	225
I. Allgemeines	225
II. Gläubigerverzug durch tatsächliches Angebot	226
1. Tatsächliches Angebot	226
2. Nichtannahme durch den Gläubiger	227
III. Wörtliches Angebot	227
1. Grundsatz	227
2. Anwendungsfälle	228
3. Leistungsfähigkeit des Schuldners	228
IV. Ausnahmsweise gar kein Angebot	229
1. Kalendermäßige Bestimmung	229
2. Ernsthafte und endgültige Annahmeverweigerung	229
3. Leistungsfähigkeit des Schuldners	230
V. Rechtsfolgen des Gläubigerverzugs	230
1. Allgemeines	230
2. Einzelne Rechtsfolgen	230
VI. Ende des Gläubigerverzugs	231
VII. Sonderfall § 615	232
1. Gewöhnliche Voraussetzungen des Gläubigerverzugs	232
2. Ungewöhnliche Rechtsfolge: Volle Gegenleistung	232
§ 22 Verzug des Schuldners mit einer Zahlung	233
Fall 22: Vergesslicher Psychotherapeut § 286	233
Lerneinheit 22	234
I. Pflichtverletzungen	234
II. Traditionelle Voraussetzungen des Zahlungsverzugs eines Verbrauchers	235
1. Einleitung	235
2. Fälligkeit	236
3. Durchsetzbarkeit	237
4. Selbstverständlich bei Geldschulden: Nachholbarkeit	238
5. Mahnung	239
6. Entfall der Mahnung im Einzelfall	241
7. Vertretenmüssen	243
III. Verzug eines Verbrauchers 30 Tage nach Rechnungserhalt	243
1. Grundsatz	243
2. Nur Entgeltforderungen	244
3. Hinweis in der Rechnung	244
4. Berechnung der Frist	244
5. Nicht der Tag der Gutschrift entscheidet	245
6. Rechtsfolge der Nichtzahlung	245
IV. Das Ende des Zahlungsverzugs	245

V. Rechtsfolgen des Zahlungsverzugs	246
1. Fortbestand der Leistungspflicht, kein Rücktrittsrecht des Gläubigers	246
2. Verzugszinsen	246
3. Höhere Zinsen	247
4. Weiterer Schaden	247
5. Sonstiger Verzugsschaden	248
VI. Zahlungsverzug eines Nicht-Verbrauchers	249
1. Einleitung	249
2. Vereinbarung einer späten Fälligkeit	250
3. Voraussetzungen und Rechtsfolgen des Zahlungsverzugs	251
VII. Zahlungsverzug eines Nicht-Verbrauchers 30 Tage nach Rechnungserhalt	251
1. Einleitung	251
2. Abweichungen	251
§ 23 Verzug des Schuldners mit einer anderen Leistung	252
Fall 23: Verspätete Übergabe der Wohnung §§ 280, 286	252
Lerneinheit 23	253
I. Diesmal geht es nicht um Geld	254
II. Voraussetzungen des Schuldnerverzugs außerhalb von Zahlungen	254
1. Fälligkeit	254
2. Durchsetzbarkeit	254
3. Nachholbarkeit	255
4. Mahnung oder Entbehrlichkeit der Mahnung	255
5. Vertretenmüssen	256
III. Das Ende des Schuldnerverzugs	257
IV. Der Anspruch auf Ersatz des Verzugsschadens	257
1. Einführung	257
2. Voraussetzungen	257
3. Rechtsfolge	258
4. Beginn und Ende der Schadensersatzpflicht	259
V. Weitere Rechtsfolgen des Schuldnerverzugs	259
1. Fortbestand der Leistungspflicht, kein Rücktrittsrecht	259
2. Haftung für Zufall	260
§ 24 Schadensersatz wegen nicht erbrachter Leistung	260
Fall 24: Keine weitere Einlagerung von Gasöl § 281	260
Lerneinheit 24	261
I. Einleitung	262
1. Zum Aufbau der folgenden Darstellung	262
2. Der Verzicht auf die geschuldete Leistung	262
II. Voraussetzungen eines Schadensersatzanspruchs nach § 281	262
1. Irgendein Schuldverhältnis	262
2. Fälligkeit der Leistung	263
3. Durchsetzbarkeit	263
4. Nicht erbrachte Leistung	263
5. Nachholbarkeit	264

6. Zu vertretende Pflichtverletzung	264
7. Schaden, der durch die Leistung noch hätte abgewendet werden können	265
8. Angemessene Frist zur Leistung	266
9. Erfolgreicher Ablauf der Frist	268
III. Rechtslage nach Fristablauf	268
1. Der Gläubiger verlangt Schadensersatz statt der Leistung	268
2. Der Gläubiger verlangt Erfüllung	269
3. Rücktritt	270
4. Ersatz vergeblicher Aufwendungen	270
IV. Sonderfälle	270
1. Fristsetzung entbehrlich	270
2. Der Schuldner hat Teilleistungen erbracht	272
3. Unterlassungspflichten	272
V. Vergleich zwischen Schadensersatz statt der Leistung (§ 281) und Verzugsschaden	272
§ 25 Rücktritt wegen nicht erbrachter Leistung	273
Fall 25: Motoryacht § 323	273
Lerneinheit 25	274
I. Aufbau des Gesetzes	275
II. Voraussetzungen des Rücktritts wegen Nichtleistung nach § 323 Abs. 1	275
1. Gegenseitiger Vertrag	275
2. Fälligkeit der Leistung des Schuldners	276
3. Durchsetzbarkeit	276
4. Nachholbarkeit	276
5. Nichtleistung	277
6. Keine Verantwortlichkeit des Gläubigers	277
7. Erfolgreicher Ablauf einer angemessenen Frist	277
III. Rechtsfolgen	277
IV. Sonderfälle	278
1. Fristsetzung entbehrlich	278
2. Rechte des Gläubigers vor der Fälligkeit	280
3. Ausschluss des Rücktrittsrechts	280
4. Der Schuldner hat nur eine Teilleistung erbracht	281
5. Vollzogenes Dauerschuldverhältnis	282
V. Rücktritt und Schadensersatz	282

NEUNTES KAPITEL: UNMÖGLICHKEIT DER LEISTUNG

§ 26 Der Begriff der Unmöglichkeit	283
Fall 26: Endgültiger Verlust der Wohnung § 275 Abs. 1	283
Lerneinheit 26	283
I. Einleitung	284
II. Unmöglichkeit im engeren Sinne	284
1. Subjektive und objektive Unmöglichkeit	284

2. Gegensatz: Nachholbarkeit	284
3. Tatsächliche (physische) Unmöglichkeit	285
4. Absolute Fixgeschäfte	285
5. Dauerschuldverhältnisse	287
6. Rechtliche Unmöglichkeit	287
7. Keine Unmöglichkeit bei Doppelverpflichtung	288
8. Sonderfall Geldschuld	288
9. Rechtsfolgen der Unmöglichkeit	289
III. Der Unmöglichkeit gleichgestellte Fälle	289
1. Grobes Missverhältnis	289
2. Unzumutbarkeit	291
3. Rechtsfolgen	291
§ 27 Anfängliche Unmöglichkeit	292
Fall 27: Manipulierter BMW § 311a	292
Lerneinheit 27	293
I. Einführung	293
1. „... schon bei Vertragsschluss“	293
2. Objektive und subjektive anfängliche Unmöglichkeit	293
II. Keine Unwirksamkeit des Vertrags aus diesem Grund	294
III. Schadensersatz	294
1. Abweichende Regelung des Vertretenmüssens	294
2. Schadensersatz statt der Leistung	295
3. Aufwendungsersatz	296
IV. Andere Rechte	296
§ 28 Nachträgliche Unmöglichkeit – Der Schuldner hat die Unmöglichkeit verschuldet	296
Fall 28: Dienstwagen Audi A 6 § 283	296
Lerneinheit 28	298
I. Voraussetzungen eines Schadensersatzanspruchs nach § 283 S. 1	298
1. Irgendeine geschuldete Leistung	298
2. Nachträgliche Unmöglichkeit oder gleichgestellte Fälle	298
3. Vom Schuldner verschuldet	299
II. Rechtsfolgen	300
1. Schadensersatz „statt der Leistung“	300
2. Schadensersatz „neben“ der Leistung	300
3. Ersatz vergeblicher Aufwendungen	301
III. Sonderfälle	301
1. Die Leistung ist nur teilweise unmöglich geworden	301
2. Herausgabe des Ersatzes	302

§ 29 Der Schuldner trägt das Risiko der zufälligen Unmöglichkeit	303
Fall 29: Porsche 959 §§ 283, 276 Abs. 1 S. 1	303
Lerneinheit 29	305
I. Das Problem der durch Zufall eintretenden Unmöglichkeit	305
II. Zuweisung des Zufallsrisikos an den Schuldner	305
1. Fallgruppen	305
2. Rechtsfolge	307
§ 30 Der Gläubiger hat die Unmöglichkeit verschuldet	307
Fall 30: Verunglückte Opernsängerin §§ 275 Abs. 1, 326 Abs. 2	307
Lerneinheit 30	309
I. Reihenfolge der Darstellung	309
II. § 326 Abs. 2 S. 1	309
1. Voraussetzungen	309
2. Rechtsfolgen	311
3. Einzelfragen	312
III. Exkurs: Die beiderseits zu vertretende Unmöglichkeit	312
§ 31 Der Gläubiger trägt das Risiko der zufälligen Unmöglichkeit	313
Fall 31: Unauffindbarer Fünfer §§ 275 Abs. 1, 326 Abs. 2	313
Lerneinheit 31	314
I. Problemstellung	314
II. Verantwortlichkeit des Gläubigers ohne Verschulden	315
1. Durch Gesetz oder Vertrag zugewiesenes Risiko	315
2. Eintritt der zufälligen Unmöglichkeit im Gläubigerverzug	316
III. Rechtsfolge	317
§ 32 Keiner von beiden ist verantwortlich	317
Fall 32: Kein Training mehr im Fitnessstudio § 326	317
Lerneinheit 32	318
I. Problemstellung	318
II. Voraussetzungen des § 326 Abs. 1 S. 1 Hs. 1	319
1. Unmöglichkeit der vom Schuldner zu erbringenden Leistung	319
2. Hauptpflicht aus einem gegenseitigen Vertrag	319
3. Verschulden des Schuldners gleichgültig	319
4. Keine Verantwortlichkeit des Gläubigers	320
III. Rechtsfolgen	320
IV. Sonderfälle	321
1. Die Schuldnerleistung ist nur teilweise unmöglich	321
2. Herausgabe des Ersatzes	321
V. Rücktritt des Gläubigers nach § 326 Abs. 5	322
1. Fälle, in denen ein Rücktritt sinnvoll ist	322
2. Voraussetzungen des Rücktritts nach § 326 Abs. 5	323
3. Rechtsfolge des Rücktritts	324

ZEHNTES KAPITEL: ANDERE PFLICHTVERLETZUNGEN

§ 33 Schlechterfüllung	325
Fall 33: Wachmann als Brandstifter § 280	325
Lerneinheit 33	326
I. Einführung	326
II. Schadensersatz „statt der Leistung“ wegen Schlechterfüllung	327
1. Voraussetzungen	327
2. Rechtsfolge: „großer“ oder „kleiner“ Schadensersatz	330
III. Schadensersatz neben der Leistung	330
1. Allgemeines	330
2. Voraussetzungen des § 280 Abs. 1 bei der Schlechterfüllung einer Leistungspflicht	330
3. Rechtsfolge	331
4. Anwendungsbereiche	332
IV. Rücktritt wegen „nicht vertragsgemäß“ erbrachter Leistung	334
1. Allgemeines	334
2. Voraussetzungen	335
3. Rechtsfolge	336
§ 34 Verletzung von Verhaltenspflichten im Rahmen eines Vertrags	337
Fall 34: Rund um die Uhr im Internet §§ 241 Abs. 2, 280 Abs. 1	337
Lerneinheit 34	338
I. Einführung	339
1. Leistungspflichten und Verhaltenspflichten	339
2. Probleme der Abgrenzung	340
II. Unzumutbarkeit der weiteren Leistung	340
III. Schadensersatz neben der Leistung	341
1. Voraussetzungen des § 280 Abs. 1 bei der Verletzung von Verhaltenspflichten	341
2. Rechtsfolgen	341
3. Anwendungsbereiche	341
IV. Rücktritt wegen der Verletzung einer Verhaltenspflicht	344
1. Voraussetzungen des Rücktritts nach § 324	344
2. Rechtsfolge	345
§ 35 Pflichtverletzung vor Vertragsschluss (Culpa in contrahendo)	345
Fall 35: Salatblatt §§ 311 Abs. 2, 241 Abs. 2, 280 Abs. 1	345
Lerneinheit 35	346
I. Hintergrund	347
II. Zur Geschichte der Culpa in contrahendo	347
III. Definition und Überblick	348
1. Definition	348
2. Die gesetzliche Regelung im Überblick	348

IV. Das vorvertragliche Vertrauensverhältnis	349
1. Entstehung	349
2. Inhalt des vorvertraglichen Vertrauensverhältnisses	350
V. Die Verletzung der vorvertraglichen Pflichten	351
1. Pflichtverletzung	351
2. Vertretenmüssen	351
VI. Fallgruppen	351
1. Verletzung des Körpers oder des Eigentums	351
2. Der angestrebte Vertrag ist nicht zustande gekommen	351
3. Der Vertrag ist zustande gekommen ...	352
VII. Rechtsfolge: Schadensersatz	354
1. Der Geschädigte verlangt den Ausgleich eines Personen- oder Sachschadens	354
2. Der Geschädigte verlangt den Abschluss des vereitelten Vertrags	354
3. Der Geschädigte verlangt das negative Interesse	355
4. Der Geschädigte verlangt das positive Interesse	355
VIII. Sonderfälle	356
1. Prospekthaftung	356
2. Anfechtung nach § 123 und Culpa in contrahendo	357
3. Sachmängelansprüche des Käufers und Culpa in contrahendo	358
4. Alternative: Beratungsvertrag	358
IX. Persönliche Haftung eines Dritten	359
1. Grundsatz	359
2. Voraussetzungen	359
3. Rechtsfolge	361

ELFTES KAPITEL: SCHADENSERSATZ

§ 36 Grundsätze des Schadensersatzrechts	362
Fall 36: Explodierter Tank §§ 249 ff	362
Lerneinheit 36	363
I. Grundsätze	363
1. Die §§ 249 ff sind keine Anspruchsgrundlagen	363
2. Differenzhypothese	364
3. Umfang des Schadensersatzes	364
4. Der Grundsatz der Naturalrestitution	364
II. Es geht um eine Sache	365
1. Die Wiederherstellung der Sache ist möglich, und zwar mit angemessenem Aufwand	365
2. Die Herstellung ist möglich, aber „nur mit unverhältnismäßigen Aufwendungen“	367
3. Die Wiederherstellung ist nicht möglich	369
III. Verletzung eines Menschen	370
1. Naturalherstellung möglich	370
2. Naturalherstellung nicht möglich	371

IV. Weder Mensch noch Sache	371
1. Naturalherstellung durch den Schädiger selbst	371
2. Naturalherstellung durch den Geschädigten	373
3. Naturalherstellung bei Vermögensschäden	373
§ 37 Schadensersatz bei Pkw-Unfällen	373
Fall 37: Trennung vor Ablauf von sechs Monaten §§ 249, 251	373
Lerneinheit 37	375
I. Einführung	375
1. Allgemeines	375
2. Begriffe	376
3. Vom BGH verwendete Kategorien und Kriterien	377
II. Beurteilung der Reparaturkosten	378
1. Reparaturkosten niedriger als Wiederbeschaffungsaufwand	378
2. Reparaturkosten zwischen Wiederbeschaffungsaufwand und Wiederbeschaffungswert	380
3. Reparaturkosten 30 % über Wiederbeschaffungswert	380
4. Wirtschaftlicher Totalschaden	381
III. Technischer Totalschaden	381
IV. Streitpunkt Restwert	382
V. Unechter Totalschaden (Abrechnung auf Neuwagenbasis)	382
VI. Mietwagenkosten oder Nutzungsausfallentschädigung	383
1. Mietwagenkosten	383
2. Nutzungsausfallentschädigung	384
VII. Umsatzsteuer (§ 249 Abs. 2 S. 2)	385
§ 38 Mitverschulden	385
Fall 38: Elfenbeinminiatur § 254	385
Lerneinheit 38	387
I. Einführung	387
II. Grundsätze	387
III. Gesetzliche Fallgruppen	388
1. Verschulden „bei der Entstehung des Schadens“	388
2. Gefahr eines ungewöhnlich hohen Schadens	389
3. Schaden abwenden	390
4. Schaden eindämmen	390
IV. Rechtsfolgen des Mitverschuldens	391
V. Einzelfragen	392
1. Mitverschulden eines Laien	392
2. Kein Mitverschulden eines selbstlosen Helfers	393
3. Leichtgläubigkeit des Geschädigten	393
4. Gefährdungshaftung	394
5. Jugendliche	394
6. Schadensersatzansprüche gegen eigene Arbeitnehmer	394
VI. Mitverschulden von Hilfspersonen	395
1. Grundsatz	395

2. Schädigung im Rahmen eines bestehenden Schuldverhältnisses	395
3. Nichtbestehen eines Schuldverhältnisses	396
§ 39 Schadensersatz wegen Verletzung einer Vertragspflicht	397
Fall 39: Wärmedämmung für ein Holzhaus §§ 252, 284	397
Lerneinheit 39	399
I. Einführung	399
II. Negatives Interesse	399
III. Positives Interesse = Erfüllungsinteresse	400
1. Einführung	400
2. Schadensersatz statt der Leistung	401
3. Schadensersatz „neben“ der Leistung	403
4. Streitfrage Deckungskauf	404
IV. Berechnung des positiven Interesses	404
1. Grundsätze	404
2. Entgangener Gewinn (§ 252)	405
3. Besonderheiten des gegenseitigen Vertrags	406
V. Ersatz vergeblicher Aufwendungen	407
1. Einführung	407
2. Interessenlage	408
3. Voraussetzungen des Aufwendungsersatzanspruchs nach § 284	408
4. Rechtsfolge	409
§ 40 Nichtvermögensschäden	410
Fall 40: Verlorener Schlüssel einer Schließanlage §§ 280, 253	410
Lerneinheit 40	412
I. Einführung	412
II. Schäden am Vermögen	412
III. Schäden an immateriellen Rechtsgütern (Nichtvermögensschäden)	413
1. Allgemeines	413
2. Ausnahmsweise Geld	413
3. Ansonsten gilt: Keine Entschädigung „in Geld“ ...	414
4. ... aber Naturalherstellung	414
5. ... oder Aufwendungsersatz	415
IV. Einzelfälle	415
1. Nutzungsausfallentschädigung	415
2. Eigener Zeitaufwand als Schaden	417
3. Beschränkung der Dispositionsfreiheit	418
4. Das ungewollte Kind als Schaden	418
§ 41 Zurechnung des Schadens	419
Fall 41: Vergessener Stecker § 249	419
Lerneinheit 41	420
I. Kausalität	421
1. Condicio sine qua non	421

2. Äquivalenztheorie	422
II. Beschränkung des zu ersetzenden Schadens	422
1. Adäquanztheorie	422
2. Fehlen des Zurechnungszusammenhangs	423
3. Schutzzweck der verletzten Norm	426
III. Einzelprobleme	429
1. Mitursächlichkeit	429
2. Doppelkausalität	429
3. Vorschädigung	429
4. Hypothetische Kausalität	430
5. Rechtmäßiges Alternativverhalten	431
6. Hypothetisches Gerichtsurteil	431
IV. Beweisfragen	432
1. Haftungsbegründende und haftungsausfüllende Kausalität	432
2. Anscheinsbeweis	433
3. Vermutung aufklärungsrichtigen (beratungsgerechten) Verhaltens	434
§ 42 Anrechnung von Vorteilen	435
Fall 42: 10 000 Euro Abfindung § 249	435
Lerneinheit 42	436
I. Glück im Unglück	437
II. Definition	437
III. Voraussetzungen der Vorteilsanrechnung	437
1. Eintritt eines Schadens	437
2. Adäquate Kausalität	438
3. Gerechtigkeit im Einzelfall	438
IV. Fallgruppen	439
1. Vorteilsanrechnung anerkannt	439
2. Keine Vorteilsanrechnung	441
3. Steuervorteile	441

ZWÖLFTES KAPITEL: EINBEZIEHUNG DRITTER IN DAS SCHULDVERHÄLTNIS

§ 43 Verträge zugunsten Dritter	443
Fall 43: Maklerklausel § 328	443
Lerneinheit 43	444
I. Hintergrund	444
II. Definition	445
III. Fallgruppen	445
1. Absicherung eines Dritten	445
2. Reisevertrag	446
3. Ärztliche Versorgung	446
4. Sparkonto	446
IV. Beteiligte Personen und bestehende Rechtsverhältnisse	447
1. Personen	447

2. Rechtsverhältnisse	448
V. Unsichere Rechtsposition des Dritten	449
VI. Störungen	449
VII. Verfügungen	450
§ 44 Verträge mit Schutzwirkung für Dritte	450
Fall 44: Steuerberater verschuldet Insolvenzverschleppung	450
Lerneinheit 44	452
I. Einleitung	452
1. Historische Entwicklung	452
2. Definition	453
II. Voraussetzungen	453
1. Bestimmungsgemäße Nähe	453
2. Erkennbarkeit für den Schuldner	454
3. Kein eigener vertraglicher Anspruch	454
III. Haftung von Sachverständigen gegenüber Dritten	455
1. Allgemeines	455
2. Die Person des Sachverständigen	455
3. Geschützter Personenkreis	456
IV. Rechtsfolge	457
V. Abgrenzung von § 311 Abs. 3	457
§ 45 Drittschadensliquidation	458
Fall 45: Wassereinbruch auf der Baustelle	458
Lerneinheit 45	459
I. Hintergrund	459
II. Definition	459
III. Fallgruppen	460
1. Beschädigung eines Werks vor der Abnahme	460
2. Verwahrung fremder Sachen	460
3. Versendungskauf	460
4. Verdeckte Stellvertretung und Treuhand	461
IV. Rechtsfolgen	461
 DREIZEHNTES KAPITEL: DIE RECHTSNACHFOLGE IN FORDERUNGEN UND SCHULDEN	
§ 46 Voraussetzungen der Abtretung	463
Fall 46: Schenkweise Abtretung an die Ehefrau § 398	463
Lerneinheit 46	464
I. Abtretung	464
II. Voraussetzungen der Abtretung	465
1. Abtretungsvertrag	465
2. Existenz der Forderung	465

3. Gläubigerstellung des Abtretenden	466
4. Bestimmtheit der Forderung	466
5. Abtretbarkeit der Forderung	466
III. Rechtsfolgen der Abtretung	466
IV. Sonderfälle	467
1. Teilabtretung	467
2. Abtretung künftiger Forderungen	467
3. Gesetzlicher Forderungsübergang	468
4. Übertragung anderer Rechte	468
5. Sicherungsabtretung	468
V. Das zugrunde liegende Verpflichtungsgeschäft	469
1. Bedeutung des Verpflichtungsgeschäfts	469
2. Forderungskauf	469
3. Andere Verpflichtungsgeschäfte	470
VI. Wirtschaftliche Bedeutung	470
§ 47 Abtretungsverbote	471
Fall 47: Provisionsansprüche einer Versicherungsvertreterin §§ 398, 134	471
Lerneinheit 47	472
I. Inhaltsänderung	472
II. Ausschluss oder Erschwerung der Abtretung durch Vertrag	473
1. Grundregel	473
2. Sonderregel für Kaufleute und Behörden nach dem HGB	474
III. Gesetzliche Abtretungsverbote	474
1. Unpfändbarkeit	474
2. Kontokorrent	474
3. Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot	474
§ 48 Schutz des Schuldners	476
Fall 48: Stoffe für 19,8 Millionen Euro §§ 398, 407	476
Lerneinheit 48	477
I. Allgemeines	477
II. Schutz aller Schuldner	477
III. Zusätzlicher Schutz für den unwissenden Schuldner	479
1. Rechtsgeschäfte zwischen dem Schuldner und dem bisherigen Gläubiger	479
2. Sonstige Schutzvorschriften	480
IV. Aufrechnung nach der Abtretung gegenüber dem bisherigen Gläubiger	481
1. Einleitung	481
2. Aufrechnung in Kenntnis der Abtretung	481
3. Aufrechnung in Unkenntnis der Abtretung	481
V. Aufrechnung gegenüber dem neuen Gläubiger	482
1. Aufrechnungslage schon vor der Abtretung	482
2. Aufrechnungslage erst nach der Abtretung	482

§ 49 Schuldübernahme	484
Fall 49: Hans Hollenstein Tiefbau § 415	484
Lerneinheit 49	485
I. Hintergrund	485
II. Definition	486
III. Das Verfahren nach § 414	486
IV. Das Verfahren nach § 415	487
1. Allgemeines	487
2. Zwingend erforderliche Zustimmung des Gläubigers	488
3. Sonderfall: Übernahme einer hypothekarisch gesicherten Schuld	489
V. Rechtsfolgen der Schuldübernahme	490
VI. Abgrenzung von ähnlichen Verträgen	490
1. Schuldbeitritt	490
2. Erfüllungsübernahme	490
3. Vertragsübernahme	491

VIERZEHNTE KAPITEL: MEHRHEIT VON SCHULDNERN ODER GLÄUBIGERN

§ 50 Teilschuld	493
Fall 50: Heizölbestellung §§ 420, 421	493
Lerneinheit 50	495
I. Einführung	495
II. Gesetzliche Regelung	495
III. Definition der Teilschuld	496
IV. Interessenlage	496
V. Anwendungsfälle	496
§ 51 Gesamtschuld	497
Fall 51: Lahmende Stute Liana § 421	497
Lerneinheit 51	499
I. Allgemeines	499
II. Interessenlage	499
III. Gesetzlich angeordnete Gesamtschuld	500
1. Unteilbare Leistungen	500
2. Gemeinsame Verpflichtung mehrerer	500
3. Mehrere Bürgen	501
4. Haftung für die Schulden einer Personengesellschaft	501
5. Gemeinsame unerlaubte Handlung	502
IV. Fälle, in denen Rechtsprechung und Lehre eine Gesamtschuld annehmen	503
1. Allgemeines	503
2. Voraussetzungen	503
V. Rechtsverhältnis zwischen den Gesamtschuldnern und dem Gläubiger	505
1. Gesamtwirkung	505
2. Einzelwirkung	505

§ 52 Ausgleich unter Gesamtschuldern	506
Fall 52: Bröckelnder Putz der Friedhofsmauer § 426	506
Lerneinheit 52	507
I. Aufteilung im Innenverhältnis	507
II. Rechte des in Anspruch genommenen Gesamtschuldners	509
1. Ausgangsfall	509
2. Gesetzlicher Forderungsübergang	509
3. Ansprüche aus § 426 Abs. 1 S. 1	510
§ 53 Schuldbeitritt	511
Fall 53: Erwin § 421	511
Lerneinheit 53	512
I. Hintergrund	513
II. Grundsätzliches	513
III. Entstehung des Schuldbeitritts	514
1. Entstehung kraft Gesetzes	514
2. Entstehung durch Vertrag	514
IV. Rechtsfolgen des Schuldbeitritts	515
V. Abgrenzung von ähnlichen Verträgen	516
1. Abgrenzung von der Schuldübernahme	516
2. Abgrenzung von der Bürgschaft	516
3. Abgrenzung von der Erfüllungsübernahme	517
4. Abgrenzung vom Vertragsbeitritt	517
§ 54 Gläubigermehrheit	518
Fall 54: Fenster § 420	518
Lerneinheit 54	518
I. Hintergrund	519
II. Teilgläubigerschaft	519
III. Gesamtgläubigerschaft	520
1. Überblick	520
2. Beispiele	521
3. Rechtliche Regelung	521
IV. Mitgläubigerschaft	522
1. Allgemeines	522
2. Beispiele	522
3. Unteilbare Leistungen	523
4. Regelung	524
Sachregister	525